

Abhandlungen zum schweizerischen Recht

Herausgegeben von Professor Dr. Heinz Hausheer



Dr. iur. Ramin Silvan Gohari

Verweigerung von Geschäftsbeziehungen

Kartellrechtliche Analyse nach Schweizer,
EU- und US-Recht



Stämpfli Verlag

Ramin Silvan Gohari

Dr. iur.

Verweigerung von Geschäftsbeziehungen

Kartellrechtliche Analyse nach Schweizer, EU- und US-Recht

Die Arbeit ist einer Analyse von Art. 7 Abs. 2 Bst. a KG zur Verweigerung von Geschäftsbeziehungen (refusal to deal) gewidmet. Sie klärt in einem ersten Teil die relevanten Begrifflichkeiten. In der Folge wendet sie sich der Frage zu, was die Missbräuchlichkeit einer Verweigerung von Geschäftsbeziehungen ausmacht. Die im Kontext von Geschäftsverweigerungen aktuellen Themenkreise der Systemmarkttheorie, der relativen Marktmacht, der Kosten-Preis-Schere (margin squeeze), der Lizenzverweigerung (refusal to license) und der Essential Facilities-Doktrin werden dabei dogmatisch eingeordnet und erörtert. Ein letzter Teil identifiziert geeignete kartellrechtliche Massnahmen.

Die Untersuchung der Missbräuchlichkeit basiert auf einer umfassenden Auslegung von Art. 7 Abs. 2 Bst. a KG. Sie berücksichtigt insbesondere die einschlägigen entstehungsgeschichtlichen, verfassungsrechtlichen und ökonomischen Grundlagen. Die Perspektive ist dabei durchgehend rechtsvergleichend, wodurch Erkenntnisse aus dem Recht der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten von Amerika in die Abhandlung einfließen.

Als zentrale Einsicht folgt aus der vorliegenden Untersuchung, dass eine Verweigerung von Geschäftsbeziehungen nur dann als unzulässig gelten sollte, wenn die nachgefragte Ressource unerlässlich ist für das Erbringen einer Innovationsleistung durch einen effizienten Nachfrager. Formalisiert wird diese Erkenntnis im Konzept der Innovationsindispensabilität.

Ramin Silvan Gohari

Dr. iur., MJur (Oxford)

Verweigerung von
Geschäftsbeziehungen

Kartellrechtliche Analyse nach
Schweizer, EU- und US-Recht



Stämpfli Verlag

Stand der Bearbeitung: November 2016

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z. B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2017
www.staempfliverlag.com

E-Book ISBN 978-3-7272-0521-7

Über unsere Online-Buchhandlung www.staempflishop.com sind zudem folgende Ausgaben erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-0520-0

Judocu ISBN 978-3-0354-1475-2



Meinen Eltern

Meiner Frau

Vorwort

Diese Studie hat der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg i.Üe. am 22. Mai 2017 als Dissertation vorgelegen.

Mein uneingeschränkter Dank gilt zuvorderst meinem hochgeachteten Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Marc Amstutz, LL.M. (Harvard). Er hat es mir ermöglicht, diese Arbeit an der Freiburger Rechtsfakultät unter optimalen Bedingungen zu verfassen. Zu jedem Zeitpunkt konnte ich auf seinen wertvollen und wohlwollenden Rat sowie seine Ermutigung zur Entwicklung eigener Ansätze und Ideen zählen. Die Assistenzzeit an seinem Lehrstuhl, einer Schule im juristischen Denken, war sowohl wissenschaftlich als auch menschlich zutiefst bereichernd.

Weiter danke ich Herrn Prof. Dr. Walter A. Stoffel, LL.M. (Yale), Präsident der Schweizerischen Wettbewerbskommission 2003–2010, dessen Annahme der Funktion des zweiten Rapporteurs mich sehr beehrte.

Danken möchte ich sodann Frau Prof. Dr. Eva Maria Belsler und Herrn Prof. Dr. Michel Heinzmann, Mitgliedern der Jury, für die Zeit, die sie meiner Arbeit gewidmet haben. Dem Dekan, Herrn Prof. Dr. Pascal Pichonnaz, möchte ich für sein in bester Freiburger Tradition stehendes Engagement für die Doktoranden im Rahmen vieler Doktorandentreffen danken. Herrn Prof. Dr. Ramon Mabillard danke ich für wertvolle Hinweise in prozessrechtlicher Hinsicht.

Sodann möchte ich Herrn Prof. Dr. Heinz Hausheer vielmals für die Aufnahme meiner Arbeit in die Reihe *Abhandlungen zum schweizerischen Recht* danken.

Zu besonderem Dank bin ich Frau Dr. RA Bettina Bacher, Bundesamt für Justiz und Universität Freiburg i.Üe., Frau RA Hanna Marti Adji, Bundesverwaltungsgericht, Herrn Dr. RA Thomas Meier, Obergericht des Kantons Aargau, und Herrn RA Markus Wyssling, Sekretariat der Wettbewerbskommission, verpflichtet, die sich die Zeit genommen haben, Teile des Manuskripts mit grosser Sorgfalt durchzulesen und die wichtige Verbesserungen angeregt haben.

Mein Dank geht weiter an Frau Ursula Perrin für die stets angenehme Zusammenarbeit am Lehrstuhl von Herrn Prof. Amstutz.

Grössten Dank schulde ich meinen Eltern und meiner Frau für die immerzu geduldige und liebevolle Begleitung und Unterstützung über all die Jahre. Hierfür bin ich von ganzem Herzen dankbar.

Freiburg i.Üe./Küsnacht, im Sommer 2017

Ramin Silvan Gohari

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen	XLI
Literaturverzeichnis	XLIII
Materialienverzeichnis.....	LXXIX
Verzeichnis weiterer Behördendokumente	LXXXI
Abkürzungsverzeichnis.....	LXXXV
1. Kapitel Einleitung.....	1
§ 1 Zum Thema.....	1
§ 2 Zur Methode	2
§ 3 Zur Struktur.....	4
2. Kapitel Rechtsgrundlagen.....	7
§ 4 Schweiz.....	7
§ 5 Rechtsvergleichende Darstellung.....	16
3. Kapitel Tatbestandsmerkmale von Art. 7 Abs. 2 Bst. a KG.....	23
§ 6 Übersicht.....	23
§ 7 Unternehmen (Art. 2 Abs. 1 ^{bis} KG).....	24
§ 8 Marktbeherrschende Stellung (Art. 4 Abs. 2 KG)	26
§ 9 Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung (Art. 7 KG).....	67
§ 10 Fehlen einer sachlichen Rechtfertigung	72
4. Kapitel Begriff der Verweigerung von Geschäftsbeziehungen.....	75
§ 11 Übersicht.....	75
§ 12 Definition	75
§ 13 Typologie	77
§ 14 Die Essential Facilities-Doktrin	227
§ 15 Zusammenfassung.....	254
5. Kapitel Missbräuchlichkeit I: Der Missbrauchsstandard (theory of harm)	257
§ 16 Übersicht.....	257
§ 17 Auslegung	258
§ 18 Praxis	359
§ 19 Lehrmeinungen	457
§ 20 Rechtsvergleichende Darstellung.....	466

§ 21	Vorschlag eines Missbrauchsstandards unter Art. 7 Abs. 2	
	Bst. a KG.....	586
6. Kapitel	Missbräuchlichkeit II: Das Missbrauchsprüfraster.....	617
§ 22	Übersicht.....	617
§ 23	Praxis.....	617
§ 24	Lehrmeinungen.....	636
§ 25	Rechtsvergleichende Darstellung.....	651
§ 26	Vorschlag eines Missbrauchsprüfrasters unter Art. 7 Abs. 2	
	Bst. a KG.....	710
7. Kapitel	Kartellrechtliche Massnahmen.....	741
§ 27	Allgemeines.....	741
§ 28	Praxis.....	747
§ 29	Systematische Darstellung.....	761
§ 30	Vorschlag kartellrechtlicher Massnahmen unter Art. 7 Abs. 2	
	Bst. a KG.....	780
8. Kapitel	Zusammenfassung.....	787
§ 31	Finalität, Struktur und Methode.....	787
§ 32	Ausgangspunkte.....	787
§ 33	Begriff der Verweigerung von Geschäftsbeziehungen.....	789
§ 34	Missbrauchsstandard: rechtsvergleichende Untersuchung.....	791
§ 35	Missbrauchsstandard der Innovationsindispensabilität.....	796
§ 36	Missbrauchsprüfraster.....	797
§ 37	Kartellrechtliche Massnahmen.....	798
	Stichwortverzeichnis.....	801

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen	XLI
1. Schaubilder	XLI
2. Tabellen	XLI
Literaturverzeichnis	XLIII
Materialienverzeichnis	LXXIX
1. Materialien zu den Kartellgesetzen	LXXIX
2. Materialien zu den Bundesverfassungen	LXXX
Verzeichnis weiterer Behördendokumente	LXXXI
1. Schweiz	LXXXI
2. Europäische Union	LXXXI
3. Vereinigte Staaten von Amerika	LXXXII
4. Weitere	LXXXIII
Abkürzungsverzeichnis	LXXXV
1. Kapitel Einleitung	1
§ 1 Zum Thema	1
§ 2 Zur Methode	2
1. Ansatz	2
2. Quellen	3
§ 3 Zur Struktur	4
2. Kapitel Rechtsgrundlagen	7
§ 4 Schweiz	7
1. Rechtsgrundlagen	7
2. Konkurrierende Anwendbarkeit mehrerer Normen	8
2.1. Übersicht	8
2.2. Konsequenzen	10
2.2.1. In dogmatischer Hinsicht	11
2.2.2. In praktischer Hinsicht	11
2.3. Fazit	12
3. Entstehungsgeschichte	12
3.1. In terminologischer Hinsicht	12
3.2. In dogmatischer Hinsicht	13
§ 5 Rechtsvergleichende Darstellung	16
1. Europäische Union	16

1.1.	Rechtsgrundlagen.....	16
1.2.	Vergleichbarkeit.....	17
2.	Vereinigte Staaten von Amerika	18
2.1.	Rechtsgrundlagen.....	18
2.2.	Vergleichbarkeit.....	19
2.2.1.	<i>Monopolization</i> und Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung.....	19
2.2.2.	Kartellzivilrecht	21
2.2.3.	Fazit	22
3. Kapitel	Tatbestandsmerkmale von Art. 7 Abs. 2 Bst. a KG	23
§ 6	Übersicht.....	23
§ 7	Unternehmen (Art. 2 Abs. 1 ^{bis} KG).....	24
§ 8	Marktbeherrschende Stellung (Art. 4 Abs. 2 KG)	26
1.	Allgemeines.....	26
2.	Marktabgrenzung	27
2.1.	Grundsätze der Marktabgrenzung im Schweizer Kartellrecht.....	27
2.1.1.	Allgemeines	27
2.1.2.	Sachlich relevanter Markt.....	28
2.1.3.	Räumlich relevanter Markt	31
2.1.4.	Zeitlich relevanter Markt	32
2.2.	Relevanz der Marktabgrenzung	32
2.2.1.	Enge oder weite Marktabgrenzung	32
2.2.2.	Systemmarkttheorie, Zweimärktetheorie und die Relevanz von Substituten.....	33
2.2.2.1.	Die Problematik	33
2.2.2.2.	Die Argumente	35
2.2.2.2.1.	Argumente für das Vorliegen eines Systemmarktes.....	36
2.2.2.2.2.	Argumente gegen das Vorliegen eines Systemmarktes.....	36
2.2.2.3.	Praxis	37
2.2.2.3.1.	Schweiz.....	38
2.2.2.3.2.	Europäische Union.....	41
2.2.2.3.3.	Vereinigte Staaten von Amerika.....	45
2.2.2.3.4.	Fazit	47
2.2.2.4.	Vorschlag eines Analyserasters	48
2.2.2.4.1.	Besteht ein Systemmarkt?.....	48
2.2.2.4.1.1.	Übersicht.....	48
2.2.2.4.1.2.	Waren die Bedingungen auf dem behaupteten abgeleiteten Markt absehbar?	49

2.2.2.4.1.3.	Sind die Wechselkosten auf dem Primärmarkt tief?.....	50
2.2.2.4.2.	Bestehen Substitute auf dem abgeleiteten Markt?.....	51
2.2.2.4.3.	Fazit	51
2.2.3.	Fazit zur Relevanz der Marktabgrenzung	51
2.3.	Irrelevanz der Marktabgrenzung?	52
2.4.	Märkte und Produktionsstufen	53
3.	Beherrschende Stellung.....	55
3.1.	Grundsätze der Bestimmung einer beherrschenden Stellung im Schweizer Kartellrecht.....	55
3.1.1.	Allgemeines	55
3.1.2.	Beurteilungskriterien	57
3.2.	Wirtschaftliche Abhängigkeit („relative Marktmacht“)	60
3.2.1.	Allgemeines	60
3.2.2.	Begriffsbestimmung	61
3.2.3.	Motivation	63
3.2.4.	Bedeutung für Art. 7 Abs. 2 Bst. a KG.....	65
3.2.5.	Fazit	66
3.3.	Mehrzahl nicht marktbeherrschender Anbieter oder Nachfrager.....	67
§ 9	Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung (Art. 7 KG).....	67
1.	Missbrauchsanalyse im Schweizer Kartellrecht.....	67
1.1.	Allgemeines.....	67
1.2.	Missbrauchstatbestände.....	68
2.	Die Verweigerung von Geschäftsbeziehungen insbesondere.....	71
§ 10	Fehlen einer sachlichen Rechtfertigung.....	72
4. Kapitel	Begriff der Verweigerung von Geschäftsbeziehungen.....	75
§ 11	Übersicht.....	75
§ 12	Definition	75
§ 13	Typologie	77
1.	Subjektbezogene Unterscheidungen	78
1.1.	Einseitige und kollektive Verweigerungen	78
1.1.1.	Definition.....	78
1.1.2.	Rechtslage.....	79
1.1.2.1.	Schweiz.....	79
1.1.2.2.	Europäische Union.....	79
1.1.2.3.	Vereinigte Staaten von Amerika.....	81
1.1.3.	Analyse	82
1.1.4.	Fazit	84

1.2.	Verweigerungen vertikal integrierter und nur auf einer Marktstufe tätiger Unternehmen	85
1.2.1.	Definition.....	85
1.2.2.	Rechtslage.....	85
1.2.2.1.	Schweiz.....	85
1.2.2.2.	Europäische Union.....	87
1.2.2.3.	Vereinigte Staaten von Amerika.....	88
1.2.3.	Analyse	89
1.2.4.	Fazit	92
1.3.	Verweigerungen durch Unternehmen mit Angebotsmacht und durch Unternehmen mit Nachfragemacht	92
1.3.1.	Definition.....	92
1.3.2.	Rechtslage.....	93
1.3.2.1.	Schweiz.....	93
1.3.2.2.	Europäische Union.....	94
1.3.2.3.	Vereinigte Staaten von Amerika.....	95
1.3.3.	Analyse	97
1.3.4.	Fazit	98
1.4.	Verweigerungen durch regulierte Unternehmen und Verweigerungen durch nicht regulierte Unternehmen	98
1.4.1.	Definition.....	98
1.4.2.	Rechtslage.....	99
1.4.2.1.	Schweiz.....	99
1.4.2.2.	Europäische Union.....	101
1.4.2.3.	Vereinigte Staaten von Amerika.....	102
1.4.3.	Analyse	103
1.4.4.	Fazit	105
1.5.	Verweigerungen mit wettbewerbsbeschränkender Absicht und Verweigerungen ohne wettbewerbsbeschränkende Absicht	105
1.5.1.	Definition.....	105
1.5.2.	Rechtslage.....	106
1.5.2.1.	Schweiz.....	106
1.5.2.2.	Europäische Union.....	106
1.5.2.3.	Vereinigte Staaten von Amerika.....	107
1.5.3.	Analyse	109
1.5.3.1.	Absicht als innere Tatsache	109
1.5.3.2.	Wettbewerbsbeschränkende Absicht	109
1.5.3.3.	Andersartige Absichten: Persönliche Gründe....	110
1.5.4.	Fazit	111
2.	Handlungsbezogene Unterscheidungen	112
2.1.	Nichtaufnahme und Auflösung bzw. Einschränkung von Geschäftsbeziehungen.....	112

2.1.1.	Definition.....	112
2.1.2.	Rechtslage.....	113
2.1.2.1.	Schweiz.....	113
2.1.2.2.	Europäische Union.....	114
2.1.2.3.	Vereinigte Staaten von Amerika.....	115
2.1.3.	Analyse	116
2.1.4.	Fazit	117
2.2.	Ausdrückliche und konstruktive Verweigerungen	117
2.2.1.	Definition.....	117
2.2.2.	Rechtslage.....	118
2.2.2.1.	Schweiz.....	118
2.2.2.2.	Europäische Union.....	120
2.2.2.3.	Vereinigte Staaten von Amerika.....	123
2.2.3.	Analyse	125
2.2.3.1.	Allgemeines	125
2.2.3.2.	Ausdrückliche Geschäftsverweigerungen.....	125
2.2.3.3.	Konstruktive Geschäftsverweigerungen	126
2.2.3.4.	Anerkennung konstruktiver Geschäftsverweigerungen.....	129
2.2.3.5.	Konstruktive Geschäftsverweigerungen und kartellrechtlicher Standard.....	130
2.2.3.6.	Bedingte (konditionale) Geschäftsverweigerung als konstruktive Geschäftsverweigerung.....	131
2.2.3.7.	Ein prohibitiv hoher Preis als konstruktive Geschäftsverweigerung.....	132
2.2.3.8.	Kosten-Preis-Schere (<i>margin squeeze</i>) als konstruktive Geschäftsverweigerung.....	135
2.2.3.8.1.	Definition.....	135
2.2.3.8.2.	Rechtslage.....	137
2.2.3.8.2.1.	Schweiz.....	137
2.2.3.8.2.2.	Europäische Union.....	139
2.2.3.8.2.3.	Vereinigte Staaten von Amerika.....	141
2.2.3.8.3.	Analyse	144
2.2.3.8.3.1.	Allgemeines	144
2.2.3.8.3.2.	Anerkennung der Kosten-Preis-Schere als missbräuchliche Verhaltensweise	144
2.2.3.8.3.3.	Kosten-Preis-Scheren als konstruktive Geschäftsverweigerungen.....	145
2.2.3.8.3.4.	Kontrahierungspflicht als Voraussetzung einer missbräuchlichen Kosten-Preis-Schere.....	149
2.2.3.8.4.	Fazit in Bezug auf Kosten-Preis-Scheren	150
2.2.4.	Fazit	151

2.3.	Direkte und indirekte Verweigerungen	151
2.3.1.	Definition.....	151
2.3.2.	Rechtsprechung	152
2.3.2.1.	Schweiz.....	152
2.3.2.2.	Europäische Union.....	155
2.3.2.3.	Vereinigte Staaten von Amerika.....	157
2.3.3.	Analyse	159
2.3.3.1.	Direkte Verweigerungen von Geschäftsbeziehungen	159
2.3.3.2.	Indirekte Verweigerungen von Geschäftsbeziehungen	159
2.3.3.2.1.	Mechanismen der indirekten Verweigerung von Geschäftsbeziehungen	160
2.3.3.2.2.	Lehrmeinungen	160
2.3.3.2.2.1.	Schweiz.....	160
2.3.3.2.2.2.	Europäische Union.....	162
2.3.3.2.2.3.	Vereinigte Staaten von Amerika.....	163
2.3.3.2.3.	Gründe gegen eine Behandlung unter Art. 7 Abs. 2 Bst. a KG.....	164
2.3.3.2.4.	Gründe für eine Behandlung unter Art. 7 Abs. 2 Bst. a KG.....	164
2.3.3.2.4.1.	Erkenntnisse aus der Boykottrechtsprechung	164
2.3.3.2.4.2.	Erkenntnisse aus dem Rechtsvergleich.....	166
2.3.3.2.4.3.	Erkenntnisse aus der Auslegung von Art. 7 Abs. 2 Bst. a KG.....	167
2.3.3.2.4.4.	Zusammenfassung	168
2.3.3.3.	Fazit	169
3.	Objektbezogene Unterscheidung.....	169
3.1.	Definition	169
3.2.	Rechtsslage	170
3.2.1.	Schweiz.....	170
3.2.1.1.	Art. 3 Abs. 2 KG.....	170
3.2.1.2.	Praxis	171
3.2.1.2.1.	Gerichte	171
3.2.1.2.2.	Wettbewerbsbehörden	173
3.2.1.2.3.	Fälle hinsichtlich standardessenzieller Patente	175
3.2.1.2.4.	Fazit	176
3.2.1.3.	Lehrmeinungen.....	176
3.2.1.3.1.	Das Verhältnis von Kartellrecht und Immaterialgüterrecht.....	176
3.2.1.3.2.	Die Auslegung von Art. 3 Abs. 2 KG.....	177

3.2.1.3.3.	Die kartellrechtliche Behandlung der Verweigerung des Zugangs zu Immaterialgüterrechten	178
3.2.1.3.4.	Fazit	180
3.2.2.	Europäische Union.....	180
3.2.2.1.	Allgemeines	180
3.2.2.2.	Praxis	181
3.2.2.2.1.	Gerichte	181
3.2.2.2.2.	Kommission.....	184
3.2.2.2.3.	Fälle hinsichtlich standardessenzieller Patente	186
3.2.2.2.4.	Fazit	189
3.2.2.3.	Lehrmeinungen	190
3.2.2.3.1.	Das Verhältnis von Wettbewerbsrecht und Immaterialgüterrecht.....	190
3.2.2.3.2.	Die kartellrechtliche Behandlung der Verweigerung des Zugangs zu Immaterialgüterrechten.....	191
3.2.2.3.3.	Fazit	193
3.2.3.	Vereinigte Staaten von Amerika.....	193
3.2.3.1.	Praxis	193
3.2.3.1.1.	Supreme Court: Die Rahmenbedingungen	193
3.2.3.1.2.	Circuit Courts: Drei Ansätze	195
3.2.3.1.2.1.	1. Ansatz: <i>Data General Corporation v. Grumman Systems Support Corporation</i> (1 st Circuit).....	195
3.2.3.1.2.2.	2. Ansatz: <i>Image Technical Inc v. Eastman Kodak Co</i> (9 th Circuit)	196
3.2.3.1.2.3.	3. Ansatz: <i>In re Independent Service Organizations Antitrust Litigation</i> („Xerox“) (Federal Circuit)	197
3.2.3.1.2.4.	Synthese der <i>Circuit Court</i> -Ansätze	198
3.2.3.1.3.	Fälle hinsichtlich standardessenzieller Patente	198
3.2.3.1.4.	Positionspapiere der Behörden	201
3.2.3.1.5.	Fazit	202
3.2.3.2.	Lehrmeinungen	203
3.2.3.2.1.	Das Verhältnis von Kartellrecht und Immaterialgüterrecht.....	203
3.2.3.2.2.	Die kartellrechtliche Behandlung der Verweigerung des Zugangs zu Immaterialgüterrechten.....	203
3.2.3.2.3.	Fazit	207

3.2.4.	Fazit aus der rechtsvergleichenden Betrachtung.....	207
3.2.4.1.	Vergleichbarkeit trotz unterschiedlicher Rechtsgrundlagen	207
3.2.4.2.	Berücksichtigung ökonomischer Erkenntnisse.....	208
3.2.4.3.	Kartellrechtliche Behandlung	209
3.3.	Analyse.....	211
3.3.1.	Allgemeines	211
3.3.2.	Geistiges Eigentum I: Kartellrecht ist anwendbar.....	211
3.3.2.1.	Funktionen geistigen Eigentums.....	211
3.3.2.2.	Das Dilemma geistigen Eigentums.....	212
3.3.2.2.1.	Langfristige Perspektive	212
3.3.2.2.2.	Kurzfristige Perspektive	212
3.3.2.2.3.	Problematik.....	213
3.3.2.2.3.1.	Problematik der langfristigen Perspektive	213
3.3.2.2.3.2.	Problematik der kurzfristigen Perspektive.....	213
3.3.2.3.	Fazit	214
3.3.3.	Geistiges Eigentum II: Keine kartellrechtliche Sonderbehandlung	216
3.3.3.1.	Gründe für eine kartellrechtliche Sonderbehandlung geistigen Eigentums	216
3.3.3.2.	Gründe gegen eine kartellrechtliche Sonderbehandlung geistigen Eigentums	217
3.3.3.2.1.	Relativierung der Innovationsanreizfunktion	218
3.3.3.2.1.1.	Geistiges Eigentum als Innovationshemmnis	218
3.3.3.2.1.2.	Geistiges Eigentum als verzichtbarer Innovationsanreiz.....	219
3.3.3.2.2.	Relativierung der Besonderheit geistigen Eigentums	219
3.3.3.2.2.1.	Monopolstellung und Belohnfunktion	219
3.3.3.2.2.2.	Immaterialgüterrechtsinterne Grenzen	220
3.3.3.2.2.3.	Verletzlichkeit	220
3.3.3.2.2.4.	Risiko.....	221
3.3.3.3.	Fazit	221
3.3.4.	Geistiges Eigentum III: Folgerungen für die kartellrechtliche Behandlung von Lizenzverweigerungen in der Schweiz	221
3.3.5.	Sonderfall: Weder Sacheigentum noch geistigem Eigentum eindeutig zuordenbare Ressourcen.....	222
3.3.5.1.	Vorbemerkung	222

	3.3.5.2.	Begriffliches	223
	3.3.5.3.	Schweiz.....	224
	3.3.5.4.	Rechtsvergleichende Darstellung	225
	3.3.5.4.1.	Europäische Union.....	225
	3.3.5.4.2.	Vereinigte Staaten von Amerika.....	226
	3.3.5.5.	Fazit	226
	3.4.	Fazit.....	227
§ 14		Die Essential Facilities-Doktrin	227
	1.	Definition	227
	2.	Rechtsslage	230
	2.1.	Schweiz	230
		2.1.1. Praxis	230
		2.1.2. Lehrmeinungen	233
	2.2.	Europäische Union	234
		2.2.1. Praxis	234
		2.2.2. Lehrmeinungen	238
	2.3.	Vereinigte Staaten von Amerika	240
		2.3.1. Praxis	240
		2.3.2. Lehrmeinungen	242
	3.	Analyse.....	244
	3.1.	Ursprung der Doktrin	244
	3.2.	Dogmatische Einordnung der Essential Facilities-Doktrin	245
		3.2.1. Dogmatische Einordnung in der Praxis	245
		3.2.2. Verhältnis der Essential Facilities-Doktrin zum Recht der Verweigerung von Geschäftsbeziehungen	247
		3.2.2.1. Die Problematik	247
		3.2.2.2. Positionen in der Lehre	247
		3.2.2.2.1. Vorbemerkung	247
		3.2.2.2.2. Die Macht der Metapher.....	248
		3.2.2.2.3. Positionen für eine Anlehnung an das Geschäftsverweigerungsrecht	249
		3.2.2.2.4. Positionen für eine unabhängige Essential Facilities-Doktrin.....	251
		3.2.3. Fazit hinsichtlich der dogmatischen Einordnung	252
	4.	Fazit.....	253
§ 15		Zusammenfassung.....	254
5. Kapitel		Missbräuchlichkeit I: Der Missbrauchsstandard (theory of harm)	257
§ 16		Übersicht.....	257
§ 17		Auslegung	258

1.	Wortlaut	258
2.	Historische Auslegung	260
2.1.	Botschaft KG 1994.....	260
2.1.1.	Art. 7 Abs. 1 KG.....	261
2.1.2.	Art. 7 Abs. 2 Bst. a KG.....	261
2.1.3.	Anlehnung an das Recht der Europäischen Union	263
2.1.4.	Fazit	263
2.2.	Parlamentarische Beratungen	264
2.2.1.	Nationalrat	264
2.2.2.	Ständerat	264
2.2.3.	Fazit	265
3.	Systematische Auslegung.....	265
3.1.	Elemente der Wirtschaftsverfassung	265
3.1.1.	Allgemeines	265
3.1.1.1.	Übersicht.....	265
3.1.1.2.	Begriff.....	266
3.1.1.3.	Wirtschaftsverfassungsrecht als Wirtschaftsrecht.....	267
3.1.1.4.	Wirtschaftsverfassungsrecht als Verfassungsrecht.....	268
3.1.1.4.1.	Einleitung.....	268
3.1.1.4.2.	Wirkung der Grundrechte	268
3.1.1.4.2.1.	Individuelle und institutionelle Dimension.....	268
3.1.1.4.2.2.	Ansprüche gegen den Staat.....	269
3.1.1.4.2.3.	Einschränkungen	271
3.1.1.4.2.4.	Grundrechtskonkurrenz	271
3.1.1.4.2.5.	Grundrechtskollisionen.....	272
3.1.1.4.3.	Wirkung von Staatszielen	272
3.1.1.4.4.	Fazit zur Wirkung von Grundrechten und Staatszielen	273
3.1.2.	Übersicht der Verfassungsnormen.....	274
3.1.2.1.	Wirtschaftsfreiheit (Art. 27 und 94 BV).....	274
3.1.2.1.1.	Schutzbereich der Wirtschaftsfreiheit.....	275
3.1.2.1.1.1.	Institutionelle Dimension: Wirtschaftsfreiheit als Staatsziel	275
3.1.2.1.1.2.	Individualrechtliche Dimension: Wirtschaftsfreiheit als Grundrecht.....	276
3.1.2.1.1.3.	Ganzheitliche Betrachtung von Art. 27 und 94 BV.....	278
3.1.2.1.2.	Schranken	278
3.1.2.1.3.	Relevanz der Wirtschaftsfreiheit im Kontext von Art. 7 Abs. 2 Bst. a KG.....	279

3.1.2.2.	Eigentumsgarantie (Art. 26 BV).....	280
3.1.2.2.1.	Schutzbereich der Eigentumsgarantie.....	280
3.1.2.2.1.1.	Institutionelle Dimension.....	280
3.1.2.2.1.2.	Individualrechtliche Dimension.....	281
3.1.2.2.2.	Schranken der Eigentumsgarantie	283
3.1.2.2.3.	Relevanz im Kontext von Art. 7 Abs. 2 Bst. a KG	284
3.1.2.3.	Kartellartikel (Art. 96 Abs. 1 BV).....	284
3.1.2.3.1.	Institutionelle Dimension.....	285
3.1.2.3.1.1.	Ordnungspolitik I: Koordination durch Wettbewerb.....	285
3.1.2.3.1.2.	Ordnungspolitik II: Wettbewerb als Element der Wirtschaftsfreiheit	285
3.1.2.3.1.3.	Art. 96 Abs. 1 BV: Unbestimmtheit und Leitlinien.....	288
3.1.2.3.1.4.	Fazit hinsichtlich der institutionellen Dimension.....	291
3.1.2.3.2.	Individuelle Dimension?.....	291
3.1.2.3.3.	Fazit zum Kartellartikel	292
3.1.3.	Fazit	292
3.2.	Art. 1 KG.....	293
3.2.1.	Einleitung.....	293
3.2.2.	Institutionsschutz und Individualschutz.....	294
3.2.2.1.	Die Problematik	294
3.2.2.2.	Relevanz der Frage für Art. 7 Abs. 2 Bst. a KG	295
3.2.3.	Erkenntnisse aus dem Wortlaut von Art. 1 KG	296
3.2.4.	Positionen in der Lehre	297
3.2.5.	Historische Entwicklung.....	298
3.2.5.1.	Bundesgericht I: Boykottrechtsprechung.....	298
3.2.5.2.	Kartellgesetz 1962	301
3.2.5.3.	Kartellgesetz 1985	302
3.2.5.4.	Kartellgesetz 1995	303
3.2.5.5.	Bundesgericht II: Rechtsprechung seit dem Kartellgesetz 1962	306
3.2.5.5.1.	Rechtsprechung zum Kartellgesetz von 1962....	306
3.2.5.5.2.	Rechtsprechung zum Kartellgesetz von 1985....	307
3.2.5.5.3.	Rechtsprechung zum Kartellgesetz von 1995....	307
3.2.5.5.4.	Fazit zur bundesgerichtlichen Rechtsprechung	309
3.2.6.	Fazit	309
3.3.	Fazit zur systematischen Auslegung	310

4.	Teleologische Auslegung	311
4.1.	Allgemeines.....	311
4.2.	Erkenntnisse aus der Ökonomie	313
4.2.1.	Einleitung.....	313
4.2.2.	Ökonomische Gründe für den Schutz des Wettbewerbs	314
4.2.2.1.	Einleitung.....	314
4.2.2.2.	Effiziente Märkte.....	314
4.2.2.3.	Ökonomische Wohlfahrt.....	315
4.2.2.4.	Schutz von Wettbewerbern?	318
4.2.2.5.	Fazit	320
4.2.3.	Verhindern von Fehlentscheiden	321
4.2.3.1.	Fehler 1. Art (<i>false positives</i>).....	321
4.2.3.2.	Fehler 2. Art (<i>false negatives</i>).....	322
4.2.3.3.	Fazit	322
4.2.4.	Mikroökonomische Anreizanalyse	322
4.2.4.1.	Einleitung.....	322
4.2.4.2.	Ausgangspunkt: Wichtigkeit von Vertragsfreiheit und Eigentumsgarantie	323
4.2.4.3.	Ökonomische Argumente für erzwungenen Zugang.....	324
4.2.4.3.1.	Allgemeines	324
4.2.4.3.2.	Kurzfristige Perspektive	325
4.2.4.3.3.	Langfristige Perspektive	326
4.2.4.4.	Ökonomische Argumente gegen erzwungenen Zugang.....	327
4.2.4.4.1.	Kurzfristige Perspektive	327
4.2.4.4.2.	Langfristige Perspektive	328
4.2.4.4.2.1.	Anreiz für das marktbeherrschende Unternehmen, in Innovationen zu investieren ...	328
4.2.4.4.2.2.	Belohnung für Investitionen und Risiko.....	329
4.2.4.4.2.3.	Anreiz für die Nachfrager, in Alternativen zu investieren.....	330
4.2.4.4.2.4.	Negative Wohlfahrtseffekte.....	330
4.2.4.5.	Zusammenfassung und Fazit zur Anreizanalyse	330
4.2.4.5.1.	Grundargumente	330
4.2.4.5.2.	Zwei Konsistenzprobleme	331
4.2.4.5.3.	Fazit	331
4.2.5.	Mikroökonomische Ansätze für einen Missbrauchsstandard.....	332
4.2.5.1.	Einleitung: Die Suche nach operationalisierbaren Kriterien	332

4.2.5.2.	Die <i>per se</i> -Ansätze.....	332
4.2.5.3.	Die Ansätze der Marktverschliessung (<i>foreclosure</i>), der Marktmachtausweitung (<i>monopoly leveraging</i>) und die Kritik der Theorie des <i>single monopoly profit</i>	334
4.2.5.3.1.	Marktverschliessung (<i>foreclosure</i>)	334
4.2.5.3.2.	Marktmachtausweitung (<i>monopoly leveraging</i>).....	336
4.2.5.3.3.	Theorie des <i>single monopoly profit</i>	337
4.2.5.3.4.	Fazit	338
4.2.5.4.	Der profit sacrifice-Test.....	339
4.2.5.5.	Der no economic sense-Test (but for-Test)	341
4.2.5.6.	Der raising rivals' costs-Test.....	342
4.2.5.7.	Der equally efficient competitor-Test.....	342
4.2.5.8.	Der consumer welfare balancing-Test	344
4.2.5.9.	Der incentive balancing-Test.....	346
4.2.5.10.	Der anticompetitive intent-Test	346
4.2.5.11.	Der limiting production-Test	347
4.2.5.12.	Der history of dealing-Test	347
4.2.5.13.	Der Ansatz von AHLBORN/EVANS/PADILLA	348
4.2.5.14.	Der Ansatz von BERGMAN.....	349
4.2.5.15.	Der Ansatz von BISHOP/WALKER.....	350
4.2.5.16.	Der Ansatz von ELHAUGE	351
4.2.5.17.	Der Ansatz von MOTTA	352
4.2.5.18.	Der Ansatz von SALOP.....	352
4.2.5.19.	Fazit	353
4.2.6.	Fazit zu den wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen.....	354
4.2.6.1.	Allgemeines	354
4.2.6.2.	Wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse für die Auslegung von Art. 7 Abs. 2 Bst. a KG	355
4.2.6.2.1.	Effizienz und Wohlfahrtsgewinne	355
4.2.6.2.2.	Anreizeanalyse	356
4.2.6.3.	Missbrauchsstandard.....	357
4.3.	Erkenntnisse aus dem Rechtsvergleich	357
4.3.1.	EU-Recht	357
4.3.2.	US-Recht	358
§ 18	Praxis	359
1.	Einleitung	359
2.	Praxis vor Erlass des Kartellgesetzes 1995	360
3.	Praxis nach Erlass des Kartellgesetzes 1995	364

3.1.	Praxis des Bundesgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts.....	364
3.1.1.	<i>Cablecom Holding AG gegen Teleclub AG (vorsorgliche Massnahmen)</i> (2003).....	365
3.1.2.	<i>Entreprises Électriques Fribourgeoises contre Watt Suisse AG, Fédération des Coopératives Migros, Commission de la concurrence, Commission de recours pour les questions de concurrence</i> (2003)	367
3.1.3.	<i>Unique (Flughafen Zürich AG)/Sprenger Autobahnhof AG, Alternative Parking AG, Wettbewerbskommission</i> (2007)	370
3.1.4.	<i>TDC Switzerland AG (Sunrise) gegen Swisscom AG und Swisscom Fixnet AG</i> (2007).....	374
3.1.5.	<i>Terminierungspreise im Mobilfunk</i> (2011)	375
3.1.6.	<i>Coopérative des producteurs de fromages d'alpages „L'Etivaz“ contre X.</i> (2013)	377
3.1.7.	Zusammenfassung der Praxis des Bundesgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts	379
3.2.	Praxis der Wettbewerbskommission	381
3.2.1.	<i>SWICA Gesundheitsorganisation gegen Ärztesellschaft des Kantons Zürich AGZ</i> (1998).....	381
3.2.2.	<i>Swisscom – Centrex</i> (1998)	382
3.2.3.	<i>Schweizerische Meteorologische Anstalt</i> (1998).....	382
3.2.4.	<i>Beschaffung, Verteilung und Lagerung von Stiersamen zur künstlichen Besamung von Rindern</i> (1998).....	383
3.2.5.	<i>Visana und CSS</i> (1999).....	384
3.2.6.	<i>Teleclub AG gegen Cablecom Holding AG</i> (1999).....	385
3.2.7.	<i>BKW FMB Energie AG</i> (2000)	385
3.2.8.	<i>Intensiv SA, Grancia</i> (2000)	386
3.2.9.	<i>Entreprises électriques fribourgeoises</i> (2001) ...	386
3.2.10.	<i>ETA SA Fabriques d'Ebauches (vorsorgliche Massnahmen)</i> (2002) und <i>ETA SA Manufacture Horlogère Suisse</i> (2004)	387
3.2.11.	<i>Veterinärmedizinische Tests/Migros</i> (2003).....	391
3.2.12.	<i>Flughafen Zürich AG (Unique) – Valet Parking (vorsorgliche Massnahmen)</i> (2003) und <i>Flughafen Zürich AG (Unique) – Valet Parking</i> (2006).....	392

3.2.13.	<i>Markt für Schlachtschweine</i> (2004).....	393
3.2.14.	<i>ErfahrungsMedizinisches Register (EMR): Eskamed AG</i> (2004).....	393
3.2.15.	<i>Vertriebspartnerschaften der Axpo Vertrieb AG</i> (2005).....	394
3.2.16.	<i>Terminierung Mobilfunk</i> (2007).....	395
3.2.17.	<i>Gebühren für die Lieferung von Elektrizität</i> (2010).....	395
3.2.18.	<i>Zahlkartenterminals mit dynamischer Währungsumrechnung (Dynamic Currency Conversion; DCC) gegen SIX Group AG, SIX Multipay AG und SIX Card Solutions AG</i> (2010).....	396
3.2.19.	<i>Swatch Group Lieferstopp (vorsorgliche Massnahmen)</i> (2011) und <i>Swatch Group Lieferstopp</i> (2013).....	400
3.2.20.	<i>A. Cornamusaz gegen Coopérative des producteurs de fromages d'alpage „L'Etivaz“</i> (2011).....	403
3.2.21.	<i>Sport im Pay-TV</i> (2016).....	403
3.2.22.	Zusammenfassung der Praxis der Wettbewerbskommission.....	405
3.3.	Praxis des Sekretariats der Wettbewerbskommission.....	409
3.3.1.	<i>Telecom PTT/Blue Window</i> (1996).....	409
3.3.2.	<i>Post PTT – Adressaktualisierungen</i> (1997).....	410
3.3.3.	<i>Schiffahrtsgesellschaft des Vierwaldstättersees</i> (1997).....	411
3.3.4.	<i>Schweizer Spielemesse St. Gallen</i> (1998).....	412
3.3.5.	<i>Swisscom: Angebot von Mietleitungen</i> (1999).....	413
3.3.6.	<i>Zusammenarbeit von Kassensturz mit der Zeitschrift saldo</i> (2000).....	413
3.3.7.	<i>Elektra Baselland Liestal</i> (2000).....	414
3.3.8.	<i>Schweizerischer Filmverleih- und Kinomarkt</i> (2000).....	416
3.3.9.	<i>xDSL-Dienste der Swisscom</i> (2001).....	417
3.3.10.	<i>Swico/Sens</i> (2002).....	418
3.3.11.	<i>Plakatierung in der Stadt Luzern</i> (2002).....	419
3.3.12.	<i>Vertrieb Veterinär-Nahtmaterial Johnson & Johnson</i> (2003).....	419
3.3.13.	<i>Produktbündel „Talk & Surf“</i> (2004).....	421
3.3.14.	<i>Zahlenmässige Koppelung von Assortiments an die Liefermenge von Ebauches der ETA</i> (2005).....	422

3.3.15.	<i>NOK – Anschlussbegehren SN Energie AG/EWJR (2007)</i>	423
3.3.16.	<i>Service- und Wartungsabonnemente für Aufzüge (2011)</i>	424
3.3.17.	<i>Switch/Switchplus (2011)</i>	425
3.3.18.	<i>Verbändevereinbarung Erdgas Schweiz (2013)</i>	427
3.3.19.	<i>Netzwerkgeräte Cisco Systems (2014)</i>	429
3.3.20.	Zusammenfassung der Praxis des Sekretariats ..	431
3.4.	Praxis der Zivilgerichte	435
3.4.1.	<i>Galerie X gegen Schweizer Mustermesse in Basel (1998)</i>	435
3.4.2.	<i>Parfums X (1999)</i>	436
3.4.3.	<i>R.H. AG gegen A. AG (2000)</i>	437
3.4.4.	<i>Allgemeines Bestattungsinstitut gegen Kanton Aargau (2002)</i>	438
3.4.5.	<i>Fussball-Club Aarau 1902, FC Aarau AG und David Sesa gegen Swiss Football League (2004)</i>	439
3.4.6.	<i>Garage Walter Zimmermann AG gegen Auto Wild AG (2013)</i>	440
3.4.7.	<i>Baldag AG gegen Jaguar Land Rover Schweiz AG (2014)</i>	442
3.4.8.	Zusammenfassung der Praxis der Zivilgerichte.....	443
4.	Fazit.....	446
4.1.	Objektive Notwendigkeit und wirksamer Wettbewerb	446
4.2.	Sachliche Rechtfertigungsgründe als massgebende Faktoren für den Missbrauchsstandard.....	447
4.2.1.	Einleitung.....	447
4.2.2.	Zugelassene sachliche Rechtfertigungsgründe ..	448
4.2.3.	Unzureichende sachliche Rechtfertigungsgründe.....	450
4.2.4.	Tabellarische Zusammenfassung	450
4.2.5.	Problematik dieses Ansatzes.....	453
4.3.	Folgerungen für den eigenen Missbrauchsstandard	454
4.3.1.	Unterscheidung von Missbrauchsstandard und sachlicher Rechtfertigung	454
4.3.2.	Wirksamer Wettbewerb durch Effizienzsteigerungen	454
4.4.	Kritik der Praxis: Wettbewerberschutz, Diskriminierung und Vergleiche mit Unternehmen ohne marktbeherrschende Stellung	455

§ 19	Lehrmeinungen	457
1.	Einleitung	457
2.	Ausgangspunkt: Vertragsfreiheit.....	458
3.	Wettbewerbsbeschränkung.....	458
4.	Sachliche Rechtfertigungsgründe.....	461
4.1.	Grundsätzliches	461
4.2.	Ganzheitliche Analyse	462
4.3.	Kritik: Keine Vermutung der Missbräuchlichkeit.....	464
5.	Fazit.....	465
§ 20	Rechtsvergleichende Darstellung.....	466
1.	Europäische Union	466
1.1.	Praxis.....	466
1.1.1.	Praxis des EuGH.....	467
1.1.1.1.	<i>Istituto Chemioterapico Italiano S.p.A. und Commercial Solvents Corporation gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1974)</i>	467
1.1.1.2.	<i>United Brands Company und United Brands Continentaal BV gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1978)</i>	468
1.1.1.3.	<i>Benzine en Petroleum Handelsmaatschappij BV und andere gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1978)</i>	469
1.1.1.4.	<i>Hugin Kassaregister AB und Hugin Cash Registers Ltd. gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1979)</i>	470
1.1.1.5.	<i>Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten mbH (GVL) gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1983)</i>	471
1.1.1.6.	<i>Société anonyme I.A.Z. International Belgium und andere gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1983)</i>	472
1.1.1.7.	<i>Centre belge d'études de marché – Télémarketing SA gegen Compagnie luxembourgeoise de télédiffusion SA, Information publicité Benelux SA (1985)</i>	473
1.1.1.8.	<i>British Leyland Public Company gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1986)</i>	474
1.1.1.9.	<i>Consorzio italiano della componentistica di ricambio per autoveicoli und Maxicar gegen Régie nationale des usines Renault (1988)</i>	475

1.1.1.10.	<i>AB Volvo gegen Erik Veng (UK) Ltd. (1988)</i>	476
1.1.1.11.	<i>Klaus Höfner und Fritz Elser gegen Macrotron GmbH (1991).....</i>	476
1.1.1.12.	<i>Régie des Télégraphes et des Téléphones gegen GB-Inno-BM SA (1991).....</i>	477
1.1.1.13.	<i>Radio Telefís Eireann (RTE) und Independent Television Publications Ltd (ITP) gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1995).....</i>	478
1.1.1.14.	<i>Job Centre coop. arl (1997).....</i>	479
1.1.1.15.	<i>Oscar Bronner GmbH & Co. KG gegen Mediaprint Zeitungs- und Zeitschriftenverlag GmbH & Co. KG, Mediaprint Zeitungs- vertriebsgesellschaft mbH & Co. KG und Mediaprint Anzeigengesellschaft mbH & Co. KG (1998).....</i>	480
1.1.1.16.	<i>IMS Health GmbH & Co. OHG gegen NDC Health GmbH & Co. KG (2004).....</i>	482
1.1.1.17.	<i>Sot. Lélos kai Sia (2008).....</i>	483
1.1.1.18.	<i>European Federation of Ink and Ink Cartridge Manufacturers (EFIM) gegen Europäische Kommission, Lexmark International Technology SA (2013).....</i>	485
1.1.1.19.	<i>Huawei Technologies Co. Ltd gegen ZTE Corp., ZTE Deutschland GmbH (2015).....</i>	486
1.1.1.20.	<i>Zusammenfassung der Praxis des EuGH.....</i>	487
1.1.2.	<i>Praxis des EuG.....</i>	491
1.1.2.1.	<i>Hilti AG gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1991).....</i>	491
1.1.2.2.	<i>BPB Industries plc und British Gypsum Limited (1993)</i>	492
1.1.2.3.	<i>Tiercé Ladbroke SA gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1997).....</i>	493
1.1.2.4.	<i>European Night Services Ltd (ENS) und andere gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1998).....</i>	494
1.1.2.5.	<i>Atlantic Container Line AB et al. gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2003).....</i>	496
1.1.2.6.	<i>International Express Carriers Conference (IECC) gegen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1998).....</i>	497